

► **Nukleare Gefahr** US-Präsident Obama hat zum Gipfel geladen, um spaltbares Material künftig besser gegen Terroristen zu sichern. Als Hauptproblem gelten Länder wie Pakistan, Nordkorea und der Iran. Unternehmen leiden schon heute unter Meldepflichten

INTERVIEW

„Der Aufwand ist erheblich“



Harald Hohmann ist Rechtsanwalt und Experte für Außenwirtschafts- und Zollrecht. Er lehrt als Privatdozent an der Universität Frankfurt.

FTD Wie bekommt die Exportindustrie die Nonproliferationsbemühungen zu spüren?

Harald Hohmann Nahezu alle Branchen, vor allem aber Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilzulieferer, Chemie und deren Händler – aber auch andere Branchen bis hin zu Medizinprodukteherstellern – leiden unter einem großen Arbeitsaufwand. Während sie noch mit einigem Aufwand klären können, ob ihre Produkte auf der Ausfuhrliste gelistet sind und daher eine Exportgenehmigung benötigen, potenziert sich der Aufwand bei nicht gelisteten Gütern, weil es dort um ihre mögliche sensitive Verwendung geht: Da muss der Exporteur selbst vor jedem Export eines Produkts prüfen, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Käufer oder dessen Kunde es weltweit für ABC-Waffen verwenden könnte. Das ist selbst bei harmlosen Aluminiumrohren bejaht worden, weil diese angeblich für den Bau von Gaszentrifugen geeignet seien. Dieser Aufwand ist vor allem für kleinere Unternehmen erheblich.

FTD Ist dieser Aufwand aus Sicht der Unternehmen gerechtfertigt?

Hohmann Wenn es tatsächlich um den Zweck dieser Ausfuhrbestimmungen geht, zum Beispiel im Iran den Transfer von Waffen und die Entwicklung der Atom-bombe zu verhindern, bin ich und ist die Wirtschaft voll dabei: Hier muss tatsächlich strikt implementiert werden. Allerdings werden die Regelungen häufig sehr viel weiter ausgelegt. Wenn das Bafa (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) Güter als dem Iranverbot unterfallend bezeichnet, die gar nicht dem Zweck dieses Embargos unterfallen können, dann ist dies nicht mehr verhältnismäßig.

FTD Wie könnte die Belastung der Unternehmen vermindert werden?

Hohmann Das Vorgehen der Behörden ist bis zu einem gewissen Grad verständlich. Das Bafa hat nicht die Zeit, sich um einzelne Güter in aller Ruhe zu kümmern. Die Wirtschaft wird daher auf die Unterstützung von Exportanwälfen angewiesen bleiben. Die Behörden müssten aber zumindest das EG-Recht in allen Mitgliedsstaaten einheitlich anwenden.

INTERVIEW: MAX BOROWSKI

Kampf gegen Atomterror

Gipfel in Washington mit 47 Staaten will Plutonium und Uran weltweit besser sichern

VON SABINE MUSCAT, WASHINGTON

Die Welt soll in den nächsten vier Jahren von ungesichertem radioaktivem Material befreit werden. Auf dieses Ziel, das US-Präsident Barack Obama vor einem Jahr in Prag ausgerufen hatte, wollen sich die 47 Teilnehmer eines Gipfeltreffens zum Thema nukleare Sicherheit in Washington am Dienstag in ihrer Abschlusserklärung verpflichten. Ein Arbeitsplan soll darlegen, welche Schritte auf nationaler und internationaler Ebene nötig sind, um zu verhindern, dass Plutonium oder Uran in die Hände von Terroristen gelangt.

Das Ziel ist ehrgeizig. In den 1990er-Jahren stellten die USA Milliarden von Dollar zur Sicherung und Vernichtung nuklearen Materials auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion bereit – Obama setzte sich als Senator dafür ein, dass diese Anstrengungen im neuen Jahrtausend fortgeführt wurden. Doch die weltweiten Vorräte spaltbaren Materials würden nach Schätzungen der Fissile Materials Working Group, einer Dachorganisation nuklearer Forschungsgruppen, immer noch für den Bau von

120.000 Atombomben reichen. „Wenn wir sie sichern und nicht-staatlichen Akteuren den Zugang zu ihnen verweigern können, haben wir das Problem des nuklearen Terrorismus gelöst“, sagte der Abrüstungsberater des Weißen Hauses Gary Samore am Freitag.

Die Atomwaffenstaaten sollen bei dem Gipfel darlegen, wie sie ihre Vorräte sichern oder reduzieren wollen. Die USA und Russland wollen einen lange geplanten Vertrag zur Vernichtung von je 34 Tonnen waffenfähigen Plutoniums unterzeichnen. Zugleich sollen internationale Abkommen und Überprüfungsmechanismen verbessert werden, um den Schmuggel von spaltbarem Material zu verhindern.

Aber die Staaten, von denen die größten Proliferationsgefahren ausgehen, Iran und Nordkorea, werden in Washington nicht mit am Tisch sitzen. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjah hat seine Teilnahme kurzfristig abgesagt – nach Berichten hatten die Türkei und Ägypten geplant, Israel

zur Einstellung seines geheimen Atomprogramms aufzufordern. Als größtes Problem unter den Teilnehmern gilt der politisch instabile Atomwaffenstaat Pakistan, von dem aus viele Terrorgruppen operieren. Die USA haben in den vergangenen Jahren Millionen investiert, um dem pakistanischen Militär bei der Professionalisierung der Verwaltung von Atomanlagen zu helfen.

Gefahren gehen nicht nur von Atomwaffen aus. Hoch angereichertes Uran (HEU), aus dem Kernwaffen hergestellt werden können, wird vor allem in der zivilen Nuklearindustrie verwendet. Die Obama-Regierung hofft, dass mehr Länder dem Beispiel von Chile folgen, das seine restlichen Vorräte an hoch angereichertem Uran an die USA übergeben hat. Kanada und die Ukraine planen angeblich die Umrüstung ihrer Reaktoren für den Betrieb mit schwach angereichertem Uran.

Am einfachsten ließe sich der Missbrauch der Urananreicherung für militärische Zwecke verhin-

dern, wenn die niger Standor Russland hat internationalen hörde IAEA n nuklearen Br rien begonne. 40 Tonnen sel Uran zum Verl Das Projekt w der wie den I im Gegenzug! eigenen Anrei in Sibirien be Kasachstan, d arsenal nach c jetunion aufg gern Standort nale Brennsto.

Doch Terror den Besitz ein kopfs komme: den anzuricht seit Jahren dav al-Kaida am E gen Bombe“ a terial basteln. sich an vielen C laboren und in therapie. Durc naissance der / rüber hinaus d aktiven Abfalls

Waffenfähiger Stoff

Weltweite Kapazitäten zur Herstellung von hochangereichertem Uran

